

2 Der Klimawandel und seine Bearbeitung

Das folgende Kapitel beschreibt den Untersuchungsgegenstand Klimawandel aus naturwissenschaftlicher und gesellschaftlicher Perspektive sowie die Reaktionen auf das Phänomen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Dabei werden gezielt zwei dieser Bereiche in den Blick genommen, die sowohl für die untersuchungsleitende Fragestellung dieser Arbeit als auch für die Bearbeitung der Probleme im Zusammenhang mit dem Klimawandel besonders relevant sind – Politik und Medien. Insbesondere ist hier von Interesse, welche Rolle Massenmedien bei der gesellschaftlichen Bearbeitung des Phänomens spielen und wie die Medien selbst mit dessen Herausforderungen umgehen und diese verarbeiten. Daher nimmt die Aufbereitung des Forschungsstandes zur Medienberichterstattung über den Klimawandel viel Raum innerhalb des Kapitels ein. Daraus werden zum Schluss Forschungslücken identifiziert und der Beitrag der vorliegenden Arbeit dargestellt.

2.1 Der Klimawandel als Problem für Natur und Mensch

Der folgende Abschnitt gibt einen kurzen Überblick über die naturwissenschaftlichen Grundlagen des Klimawandels sowie seine Auswirkungen auf Natur und Gesellschaft. Hierzu bieten Neverla und Schäfer (2012) eine systematische und für Sozialwissenschaftler sehr zugängliche Aufbereitung, die hier zusammengefasst wird:

Die Naturwissenschaften definieren den Begriff Klima mit durchschnittlichem Wetter. Dazu werden Mittelwerte von verschiedenen Wetterindikatoren wie Temperatur, Niederschlag, Wind ermittelt und in der Regel für große Räume und Zeitspannen angegeben (vgl. ebd., bezugnehmend auf Plöger 2007: 3; Claussen 2003: 25). „Wenn in der öffentlichen Debatte und auch im Folgenden von 'Klimawandel' die Rede ist, dann steht dabei meist das globale Klima im Mittelpunkt, und es geht um dessen Charakteristika und Veränderungen in den vergangenen Jahrzehnten bzw. seit der industriellen Revolution.“ (Neverla/Schäfer 2012: 11). Der Mainstreamwissenschaft zufolge, repräsentiert durch den Weltklimarat,

zeigen sich diese Veränderungen in einem kontinuierlichen Anstieg der weltweiten durchschnittlichen Temperatur in der Atmosphäre und in den Ozeanen (vgl. ebd., IPCC 2007a: 5, 10; Hansen et al. 2010, vgl. auch den neuen Bericht von IPCC 2013: 4), in einem Schwund von Gebirgsgletschern, Schneebedeckung und Polareis sowie in einem Anstieg des Meeresspiegels (vgl. IPCC 2007a; Rahmstorf/Schellnhuber 2006; IPCC 2013: 4). Es wird auch eine Beschleunigung dieser Trends in den letzten Jahren beobachtet (IPCC 2007b: 5, 7; IPCC 2013: 15).

Klimatische Veränderungen sind generell auf eine Vielzahl von Faktoren zurückzuführen – sowohl natürliche als auch anthropogene. Zu den natürlichen zählen „die Intensität und Dauer der Sonneneinstrahlung, die Beschaffenheit von Landoberflächen, Vulkanaktivitäten oder die atmosphärische Konzentration von Treibhausgasen und Aerosolen“ (Neverla/Schäfer 2012: 12). Diese können jedoch die starke globale Erwärmung der letzten Jahre und Jahrzehnte nicht hinreichend gut erklären (vgl. IPCC 2007b: 10; IPCC 2013: 18). Wenn jedoch die menschlichen Aktivitäten zusätzlich in den naturwissenschaftlichen Klimamodellen berücksichtigt werden, erklären diese Modelle einen viel größeren Varianzanteil der Veränderung der Klimaindikatoren (vgl. Neverla/Schäfer 2012: 13f, beziehungsweise auf Rahmstorf 2007: 10; Foukal 2004; vgl. auch IPCC 2013: 18). Somit wird auch deutlich, dass die menschliche Aktivität einen viel stärkeren Erklärungsfaktor für die Klimavariabilität darstellt als natürliche Einflussgrößen (vgl. Foukal 2004; IPCC 2013: 17).

Die Folgen des Klimawandels werden als weitreichend angesehen – sowohl für die Natur als auch für die Gesellschaft. Projektionen des Weltklimarats (IPCC) deuten darauf hin, dass aufgrund der Trägheit des Klimasystems, selbst wenn der CO₂-Ausstoß auf dem Niveau des Jahres 2000 stabil gehalten werden könnte, die Erwärmung der Erde und der Anstieg des Meeresspiegels noch über Jahrhunderte andauern würden (vgl. Neverla/Schäfer 2012: 14; IPCC 2007b: 17; IPCC 2013: 27). Bereits heutzutage sind „natürliche Systeme von regionalen Klimaänderungen – vor allem von Temperaturerhöhungen – betroffen“ (IPCC 2007b: 17; vgl. auch IPCC 2013). IPCC prognostiziert darüber hinaus, dass „ein erhöhtes Aussterberisiko für ca. 20 – 30 Prozent der bisher untersuchten Tier- und Pflanzenarten“ zu erwarten wäre, „bis zu den 2080er-Jahren viele Millionen Menschen mehr pro Jahr von Überschwemmungen betroffen sein werden“ (IPCC 2007b: 24f., zusammengefasst durch Neverla/Schäfer 2012: 10–15) und eine zunehmende Ressourcenknappheit, ökonomische Schäden und Sicherheitsrisiken das menschliche Leben bedrohen und/oder verändern werden (vgl. Stern 2007: xviii; WBGU 2008; Neverla/Schäfer 2012: 10–15).

2.2 Gesellschaftliche Antworten auf das Problem Klimawandel

Der Klimawandel und seine Auswirkungen stellen, wie bereits deutlich gemacht, Gesellschaften weltweit vor erhebliche Probleme, die sich in der Zukunft aller Wahrscheinlichkeit nach noch verstärken werden. Dementsprechend sehen sich diese gezwungen, auf die potentiellen Bedrohungen zu reagieren. Dabei können die Reaktionen unterschiedlicher Natur sein – von Maßnahmen, die darauf abzielen, den Klimawandel zu vermeiden bzw. so weit wie möglich einzudämmen, über solche, die auf Anpassung an seine Folgen fokussiert sind, bis zu Reaktionen, die das „Nicht-Handeln“ vorziehen. Gesellschaftlich sind zudem verschiedene Bereiche betroffen – Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien bearbeiten das Thema auf unterschiedliche Art und Weise. Der nachfolgende Abschnitt beschreibt zunächst die unterschiedlichen Handlungsoptionen mit Blick auf den Klimawandel. Anschließend wird zusammengefasst, wie die beiden für diese Arbeit wichtigen Bereiche – Politik und Medien – mit dem Thema umgehen.

2.2.1 *Umgang mit dem Klimawandel und Handlungsoptionen*

Grundsätzlich ist die Bewältigung der Probleme, die Klimawandel mit sich bringt, mit großen Schwierigkeiten verbunden (vgl. Neverla/Schäfer 2012). Zum einen werden effektive Handlungsmöglichkeiten zum Umgang mit dem Klimawandel als kostspielig angesehen (vgl. Stern 2007). Zum anderen resultieren aus der weltweit unterschiedlichen Verteilung von Verantwortlichkeit und Betroffenheit in Bezug auf den Klimawandel sowie den unterschiedlichen nationalen Prioritäten auch unterschiedliche Interessen und Positionen. Somit erweist sich eine Verständigung und Konsensbildung zum Umgang mit dem Problem als schwer bis gar unmöglich (vgl. Neverla/Schäfer 2012: 15).

Denkbare Maßnahmen lassen sich generell in Klimaschutzmaßnahmen („mitigation“), die auf eine Begrenzung und Verminderung des fortschreitenden Klimawandels abzielen, und Klimaanpassungsmaßnahmen („adaptation“), die eine Anpassung an die prognostizierten unvermeidlichen Folgen des Klimawandels im Fokus haben, unterteilen. Ein dritter Weg, der sich keiner dieser zwei Grundstrategien eindeutig zuordnen lässt, ist das Geoengineering, das sich durch „technische Eingriffe in geochemische resp. biogeochemische Kreisläufe“ (Neverla/Schäfer 2012: 15,

bezugnehmend auf Crutzen 2008) beschreiben lässt. Damit wird eine Regulierung des Klimawandels und seiner Folgen angestrebt.

Die Mitigation-Strategien sind überwiegend Gegenstand der internationalen Klimapolitik (vgl. Neverla/Schäfer 2012: 15). Um den Klimawandel zu begrenzen, werden Wege zur Verringerung von Treibhausgasemissionen in der Atmosphäre diskutiert, etwa durch verbindliche Reduktionsziele, durch kohlendioxidsparende technische Entwicklungen oder durch ökonomische Maßnahmen, die das ausgestoßene CO₂ einpreisen, wie Besteuerung oder Handel mit Emissionszertifikaten.

Für die Aushandlung von Klimaschutzmaßnahmen existiert auf internationaler Ebene ein komplexer institutioneller Apparat aus verschiedenen transnationalen Governance-Institutionen. Eine wesentliche Rolle spielt in diesem Zusammenhang die UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC), in deren Rahmen jährlich internationale Klimakonferenzen („Conferences of the Parties“, COP) zur Diskussion von verbindlichen Klimaschutzziele stattfinden (vgl. Neverla/Schäfer 2012: 15). Angestrebt wird das Ziel, „den globalen Temperaturanstieg auf zwei Grad Celsius über dem Niveau der vorindustriellen Zeit (1850) zu begrenzen“ (Neverla/Schäfer 2012: 15, bezugnehmend auf Narain 2010: 3; Jaeger/Jaeger 2010: 8 ff.). Jedoch wird aufgrund von Unterschieden in Positionen und Interessen von Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern die Konsensbildung über verbindliche Klimaschutzziele und Reduktionsverpflichtungen erschwert, so dass der Erfolg dieses Handlungswegs von einigen Autoren grundsätzlich in Frage gestellt wird (vgl. ebd.: 15).

Im Gegensatz zur primär internationalen Ausrichtung der Mitigation-Strategien (aus der sich ggf. Konsequenzen auch für die nationale Politik ergeben können) werden die Strategien der Adaptation überwiegend national und subnational verfolgt. Darunter fallen Maßnahmen wie Deichbau in betroffenen Küstenregionen oder der klima- und wetterkonforme Bau und Umbau von Gebäuden und Infrastruktur sowie entsprechende Stadtplanung. Auch Versicherungen von Klimaschäden fallen in diese Kategorie (vgl. Neverla/Schäfer 2012: 16, bezugnehmend auf Heinrichs/Grunenberg 2009: 17ff.; Storch/Stehr 2007).

Neben verschiedenen Strategien für den Umgang mit dem Klimawandel finden sich in der öffentlichen Klimadebatte auch Akteure, die die Ansicht vertreten, dass keine Handlungen notwendig seien. Solche Ansichten werden häufig mit verschiedenen Argumenten begründet, die sich größtenteils als klimaskeptische Positionen zusammenfassen lassen (vgl. McCright/Dunlap 2000; Elsasser/Dunlap 2013). Zum einen werden Zwei-

fel an der Existenz des Klimawandels und/oder seiner anthropogenen Verursachung geäußert. Nährboden für solche Argumente liefert die Komplexität der Erforschung des Klimasystems selbst. Die Notwendigkeit der Integration von Befunden aus verschiedenen Disziplinen, die noch ungeklärten Restzusammenhänge des hochkomplexen Klimasystems, letztlich auch die Wahrscheinlichkeits- und Unsicherheitsniveaus der Prognosemodelle – all dies wird als Argument dafür instrumentalisiert, dass die Forschungslage noch zu unzureichend und zu unsicher sei, um Handlungen zu rechtfertigen (vgl. ebd.; Plöger 2007; Rahmstorf 2004; Beck 2010; Hoffman 2011; Capstick/Pidgeon 2014). Allerdings werden solche Argumente von wissenschaftlicher Seite stark kritisiert und als wenig substantiell beurteilt (vgl. z.B. Rahmstorf 2004).

Eine weitere Argumentationsstrategie, um die Option des Nicht-Handelns zu rechtfertigen, besteht darin, auf die Höhe der Kosten von Klimaschutzmaßnahmen zu verweisen oder Zweifel an ihrer Effektivität zu äußern (vgl. Capstick/Pidgeon 2014; Elsasser/Dunlap 2013). Auch das Argument, dass es dringlichere (Welt-)Probleme wie z.B. Armutsbekämpfung gibt, findet sich in der Klimadebatte (vgl. ebd.) Obwohl solche Argumente durchaus als plausibler angesehen werden können als das grundsätzliche Anzweifeln klimawissenschaftlicher Zusammenhänge, lässt sich das Herunterspielen des Problems nicht rechtfertigen, da Prognosen zufolge der Klimawandel bestehende Probleme im Wirtschaftswachstum und in Bezug auf Armut und Konflikte zukünftig noch verschärfen würde (vgl. Stern 2007: xviii; WBGU 2008).

Einstellungen und Positionen, die sich klimaskeptischer oder gesellschaftspolitischer Argumente für Nicht-Handeln bedienen, sind bei bestimmten gesellschaftlichen Gruppen vertreten, die von radikalen Klimaschutzmaßnahmen sehr betroffen wären – u.a. Vertretern von CO₂-lastigen Wirtschaftssektoren, wie z.B. der Ölindustrie, oder konservativ-orientierten zivilgesellschaftlichen und politischen Repräsentanten (vgl. McCright/Dunlap 2000; Elsasser/Dunlap 2013; Schlichting 2013). Je nach Konstellation und gesellschaftlichem Einfluss solcher Gruppen können deren Haltungen die klimapolitischen Reaktionen und Positionen von Ländern und Ländergruppen maßgeblich beeinflussen, indem sie ihnen Anhaltspunkte für den Widerstand gegen Klimaschutzmaßnahmen liefern (vgl. McCright/Dunlap 2003).

Welche Instrumente und Institutionen existieren zur Bearbeitung des Problems Klimawandel und der Umsetzung der beschriebenen Handlungs- bzw. Reaktionsansätze? Wie werden diese an die Öffentlichkeit vermittelt und öffentlich legitimiert? Welche Rolle spielen dabei die Bremser?

Mit diesen Fragen befassen sich die folgenden zwei Abschnitte, die existierende Formen von Klima-Governance beschreiben und die Rolle der Massenmedien und öffentlicher Kommunikation erläutern.

2.2.2 *Klima-Governance und Klimapolitik*

Zwei wichtige Spezifika des Phänomens Klimawandel, die seine Bearbeitung erschweren, wurden bereits angerissen – die ungleiche Verteilung der Verursachung und Betroffenheit und die damit verbundenen Interessenskonflikte einerseits sowie das hohe Maß an Unsicherheit und Konflikten bei der Problemdefinition an sich andererseits. Zudem wird in der Literatur auf eine dritte Schwierigkeit verwiesen – die Mehrebenenperspektive der Problembearbeitung (vgl. Walk 2008: 144). Damit sind die vielseitigen und komplexen Regulierungsmechanismen eines Governance-Systems gemeint, das auf mehreren Ebenen (global, subglobal, national, subnational) angesiedelt ist, im Querschnitt über verschiedene Ressorts der Politik liegt und an dem Akteure aus verschiedensten Gesellschaftsbereichen beteiligt sind (vgl. Walk 2008: 145–146): „Auf allen Ebenen kommt dem Klimathema die Funktion der Querschnittsaufgabe zu und betrifft Ressort übergreifend zahlreiche Zuständigkeiten.“ (Walk 2008: 145–146).

Klima-Governance wird somit von einer Reihe von Autoren nicht lediglich als Form eines institutionalisierten staatlichen oder zwischenstaatlichen Regierens aufgefasst, sondern in einer umfassenderen Form definiert als

„the numerous activities which are significant both in establishing [...] rules and in shaping policy through “on-the-ground” implementation even when some of such activities originate from actors that, technically speaking, “are not endowed with formal authority.” [...] Usually included in this group of actors are international organizations, global social movements, nongovernmental organizations (NGOs), transnational scientific networks, business organizations, multinational corporations and other forms of private authority.“ (Okereke/Bulkeley/Schroeder 2009: 60; vgl. auch Deere-Birbeck 2009: 1173, Andonova/Betsill/Bulkeley 2009: 69; Pattberg/Stripple 2008: 368).

Besonders Nichtregierungsorganisationen wird beim Thema Klimawandel eine wichtige Rolle für den Politikprozess zugesprochen. Sie fungieren einerseits als Agenda-Setter und treiben die gesellschaftliche Aufmerksamkeit für das Thema an (vgl. Amenta et al. 2009), andererseits liefern sie als Experten zugänglich aufbereitetes Wissen zu komplexen wissenschaftlichen Erkenntnissen über den Klimawandel an Entscheidungsträger (vgl. Kiyar 2013a; Schmidt 2012).

Trotz der Vielfalt der beteiligten Akteure fungiert jedoch die politisch-administrativ institutionalisierte Governance-Form des staatlichen oder zwischenstaatlichen Regierens – in der Literatur noch als „Gouvernement“ oder „Regime“ benannt – als der wichtigste Akteur der Klimapolitik (vgl. Andonova/Betsill/Bulkeley 2009). Dieses Verständnis wird auch in der vorliegenden Arbeit aufgegriffen. Wenn also im Folgenden von Klima-Governance gesprochen wird, ist somit – soweit nicht weiter expliziert – diese enger gefasste Definition von „offizielle[r] Klimapolitik“ (WALK 2008: 145) gemeint. Auch diese findet auf mehreren Ebenen statt, wie am Beispiel von Deutschland und Europa verdeutlicht wird:

„Für die offizielle Klimapolitik lassen sich aus territorialer Perspektive die folgenden Handlungsebenen benennen: Die Ebene der internationalen Politik – im Prozess der Entscheidungsfindung hat das internationale Verhandlungssystem eine herausragende Rolle, weil hier im Wesentlichen das Tempo, die Richtung und das Ausmaß der Politikmaßnahmen festgelegt werden. Auf der regionalen (supranationalen) Ebene spielt die Europäische Union als eigenständige Vertragspartei eine herausragende Rolle. [...] Die wichtigste Ebene ist nach wie vor die nationalstaatliche Ebene, wobei sich die nationalen Regierungen bei der Implementierung ihrer Klimaschutzmaßnahmen an den internationalen Vorgaben orientieren [...]. Auf der subnationalen Ebene agieren in Deutschland die Bundesländer, die das Umweltbundesrecht und das europäische Umweltrecht weitestgehend in eigener Verantwortung umsetzen.“ (Walk 2008: 145–146).

Einerseits wird demzufolge die nationale Ebene als die wichtigste Ebene angesehen, auf der Positionen entwickelt und konkrete Entscheidungen getroffen werden: „Decisions whether or not to ratify international agreements and adopt national policies to mitigate climate change are in the end domestic political decisions“ (Harrison/Sundstrom 2007: 2). So unterscheiden sich die einzelnen Länder je nach Ausgangskonstellation danach, in welchem Ausmaß und auf welche Art und Weise sie Absichten und Vereinbarungen national entwickeln und umsetzen (vgl. Dubash et al. 2013). Seit 2007 verabschieden immer mehr Staaten Klimastrategien oder legislative Instrumente und es lässt sich weltweit ein fortschreitender Trend in dieser Hinsicht beobachten (vgl. ebd.; Nachmany et al. 2014: 27; Townshend et al. 2013: 431–432).

Andererseits jedoch beeinflussen Verpflichtungen und Vereinbarungen auf internationaler Ebene die nationale Klimapolitik – verbindliche Ziele müssen umgesetzt werden, unverbindliche Absichten mindestens symbolisch in die national-politische Rhetorik integriert werden. Somit ist die internationale Ebene sehr bedeutsam, zum Teil auch richtungsweisend für klimapolitische Aktivitäten.

Im Folgenden werden aufgrund ihrer wichtigen Rolle die klimapolitischen Maßnahmen, Ereignisse und Positionen, die sich auf transnationalen und globalen Ebenen beziehen, detailliert in den Blick genommen. Beschrieben

und diskutiert werden diese sowohl im Rahmen des Regimes der UN-Klimarahmenkonvention auf globaler Ebene als auch bezogen auf die unterschiedlichen Länder-Bündnisse, die sich mit der Zeit herausgebildet haben, mit eigenen Positionen und Interessen in der transnationalen klimapolitischen Debatte vertreten sind und auch die Richtung der transnationalen Klimapolitik mitbestimmen bzw. mitzubestimmen versuchen. Wichtig ist eine Auseinandersetzung mit der auf den transnationalen Ebenen angesiedelten Klima-Governance aber auch vor dem Hintergrund der in der vorliegenden Arbeit gestellten Frage nach dem Zusammenspiel transnationaler Governance-Gruppen und transnationaler Öffentlichkeiten, wie später noch deutlich wird. Nachfolgend werden diese transnationalen Ebenen einzeln betrachtet.

Auf internationaler bzw. globaler Ebene wird die Entstehung der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (United Nations Framework Convention on Climate Change - UNFCCC) als der einflussreichste Prozess bzw. „the institutional core“ oder „the organizational nodal point“ (Biermann et al. 2009: 22) der Klimapolitik aufgefasst (vgl. auch Karlsson-Vinkhuyzen/van Asselt 2009: 197; Keohane/Victor 2011: 20; Kiyar 2013b). Es handelt sich bei diesem Regime um dauerhaft erschaffene, über Jahrzehnte hinweg bestehende Strukturen, die sich einer internationalen Bearbeitung des Themenfelds Klimawandel widmen. Die Klimarahmenkonvention wurde 1992 auf der Umweltkonferenz in Rio beschlossen und von fast allen Ländern ratifiziert (vgl. Biermann et al. 2009: 22; Kiyar 2013b).

In Kraft tritt die Konvention 1994, nachdem sie durch 50 Länder ratifiziert worden ist. Im Laufe der Zeit wird sie nach und nach durch weitere Länder, bis 2013 insg. 192, ratifiziert (vgl. Kiyar 2013b). Es handelt sich nach Walk (2008) dabei um „[den ersten] internationale[n] Vertrag [...], der die Gefahren für das globale Klima hervorhebt und die Staaten zum Handeln verpflichtet“ (Walk 2008: 125). Das primäre Ziel der Klimarahmenkonvention besteht darin, die Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre zu stabilisieren (vgl. Walk 2008: 125). Dabei sind verschiedene Prinzipien wichtig – wie das Vorsorgeprinzip sowie das Prinzip der gemeinsamen und zugleich differenzierten Verantwortung unter Beachtung länderspezifischer Handlungsspielräume (vgl. Biermann et al. 2009: 22). Die Verpflichtungen der Länder bestehen zunächst aus Berichtspflichten und Regelungen zur Finanzierung der Mitigation- und Technologietransfermaßnahmen (vgl. Walk 2008: 125). Eine weitere wichtige Regelung der Klimakonvention besteht darin, regelmäßige Treffen bzw. Konferenzen der Vertragsparteien (Conferences of the Parties – COPs) festzusetzen, die jährlich stattfinden und in deren Rahmen weitere Beschlüsse gemäß den

Zielen und Prinzipien der Klimarahmenkonvention verhandelt und entschieden werden (vgl. Kiyar 2013b; Walk 2008: 126). An diesen Konferenzen nehmen auch Nichtregierungsorganisationen und Wirtschaftsvertreter als Beobachter teil (vgl. Walk 2008: 126).

Auf der dritten Vertragsstaatenkonferenz 1997 in Kyoto, Japan (COP3) wurde das Kyoto Protokoll verabschiedet, das „die Grundlage für eine international verbindliche Emissionsreduktionspolitik“ darstellt und somit als ein „Meilenstein in der internationalen Klimapolitik“ angesehen wird (Walk 2008: 127). Zum ersten Mal wurden quantitative, rechtsverbindliche CO₂-Reduktionsziele beschlossen, die zunächst die Industrieländer – die Hauptverantwortlichen für den anthropogenen Klimawandel – betreffen (vgl. Walk 2008: 126). Somit teilt das Kyoto Protokoll die Länder weltweit in Gruppen auf: Annex A-Staaten, die die Industrie- und Schwellenländer umfassen, Annex-B-Staaten, die die Gruppe der Industrieländer mit verbindlichen Treibhausgasreduktionsverpflichtungen darstellen, und die Nicht-Annex-A-Staaten – die Entwicklungsländer (vgl. Walk 2008: 129f.).

Die sogenannten Annex-B-Länder verpflichten sich in der ersten Periode des Kyoto-Protokolls 2008-2012, ihre Emissionen um insg. 5,2 Prozent im Vergleich zum Basisjahr 1990 zu senken. (vgl. Kiyar 2013b). Das Protokoll tritt erst 2005 in Kraft, nachdem genug Länder (55 Länder mit einem Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß von 55 Prozent) es ratifizieren (vgl. Kiyar 2013b). Das vorletzte Industrieland, Australien, ratifiziert es 2007, 2012 steigt Kanada wieder aus. Die USA bleiben bis zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Arbeit dem Kyoto-Protokoll fern und ratifizieren erst 2016 das Nachfolgeabkommen in Paris. Damit die einzelnen Teilnehmer-Industrieländer ihre Reduktionsverpflichtungen einfacher erfüllen können, sieht das Kyoto-Protokoll die Möglichkeit vor, dass sie auf drei flexible Mechanismen zurückgreifen können (vgl. Walk 2008: 127; Kiyar 2013b). Diese umfassen den Emissionshandel – den Handel mit Emissionszertifikaten –, das Instrument der „Joint Implementation“ – welches die Durchführung von Klimaschutzmaßnahmen in anderen Industrieländern ermöglicht – sowie den „Clean Development Mechanism“ (CDM), der wiederum die Durchführung von Klimaschutzprojekten in Entwicklungsländern regelt (vgl. ebd.). Nach dem Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls befassen sich die darauffolgenden Klimakonferenzen mit der Aushandlung eines verbindlichen Klimaschutzabkommens für die Zeit nach 2012. Die Verhandlungen erweisen sich jedoch als schwierig und sehr kontrovers, so dass Kyoto zunächst verlängert wird und die Einigung der Staaten auf ein Folgeabkommen erst 2015 beim COP 21 für die Zeit ab 2020 erzielt wird.

Neben der globalen Ebene, die primär um die UN-Klimarahmenkonvention organisiert ist, zeigt sich im Laufe der Zeit sowohl auf den regelmäßigen Klimakonferenzen der UNFCCC-Vertragsstaaten als auch parallel dazu die Bedeutung von verschiedenen Länder-Gruppen bzw. Länder-Klubs für die Entwicklung und Steuerung transnationaler Klima-Governance. Solche Koalitionen entstehen, wenn Staaten, besonders wenn sie klein und/oder ressourcenschwach sind, ihren Einfluss auf internationale Klimaverhandlungen erweitern möchten und „because it is easier to handle a common platform of collective demands than the complexity of individual interests“ (Happaerts/Bruyninckx 2013: 7). Die Aufteilung der drei Ländergruppen entsprechend dem Kyoto-Protokoll ist dabei noch nicht ausreichend, um die Heterogenität der Positionen einzelner Länder zur Regulierung des Klimawandels abzubilden. Daher bilden sich auch innerhalb dieser Gruppen weitere Koalitionen, die in der Literatur in den Kategorien „Bremsen“, „Blockierer“, „Unterstützer“ und „Unentschiedene“ aufgeteilt werden (vgl. Walk 2008: 129–130, bezugnehmend auf Klöppel 2003: 250).

So wird die europäische Union seit den frühen 1990ern als der Vorreiter einer klimaschutzfreundlichen Politik wahrgenommen (vgl. Walk 2008: 129–130; Kilian/Elgstrom 2010: 255). Als supranationaler politischer und ökonomischer Verbund spricht sie bei den jährlichen Vertragsstaatenkonferenzen durch den europäischen Kommissar für Klimaaktion (European Commissioner for Climate Action) mit einer Stimme, obwohl dies nicht ausschließt, dass Delegationen der einzelnen Mitgliedstaaten auch aktiv teilnehmen (vgl. Audet 2013: 374; Kiyar 2013b). Das wichtigste klimapolitische Gesetz der EU stellt das 2008 vereinbarte und 2009 in Kraft getretene Klima- und Energie-Paket (Climate and Energy Package) dar, das die sogenannten 20-20-20-Ziele vorsieht (vgl. Kiyar 2013a; Nachmany et al. 2014: 186). Damit gemeint ist eine Reduktion der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent gegenüber 1990, eine Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien am Gesamtverbrauch auf 20 Prozent und eine Reduktion des gesamten Energieverbrauchs um 20 Prozent im Vergleich zu „business-as-usual“-Szenarien. (vgl. ebd.). Weitere wichtige Bausteine zur Erfüllung der EU-Klimaschutzziele sind das 2005 in Kraft getretene Emissionshandelsgesetz und die Regulierungen im Transportsektor, die Emissionsstandards für neue Fahrzeuge und Unterstützung in der Forschung und Entwicklung von „sauberen“ Fahrzeugen beinhalten. (vgl. Nachmany et al. 2014).

Im Gegensatz zu den EU-Ländern sind die restlichen, um die Gruppe JUSSCANNZ (Japan, USA, die Schweiz, Kanada, Australien, Neuseeland,

Norwegen) bzw. später Umbrella (ohne Schweiz, dafür aber mit Island, Russland und der Ukraine) organisierten Industrieländer zurückhaltender und gelten eher als Bremsen von Klimaschutzpolitischen Maßnahmen. Grund dafür ist vor allem ihre starke ökonomische Abhängigkeit von fossilen Energieträgern (vgl. Walk 2008: 129–130; Kiyar 2013a). Besonders trifft dies auf die USA zu, die lange Zeit der weltweit größte Emittent von Treibhausgasen waren und heutzutage nach China den zweiten Platz einnehmen.

Die Entwicklungsländer sind mit der Gruppe der G77+China in internationalen Klimaverhandlungen vertreten. Generelle Ziele der im Rahmen der Handels- und-Entwicklungs-Konferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) 1964 gegründeten Koalition bestehen in der Vertretung kollektiver ökonomischer Interessen des globalen Südens, der Stärkung ihrer Position bei transnationalen Verhandlungen sowie der Förderung der internationalen Kooperation innerhalb des globalen Südens (vgl. Happaerts/Bruyninckx 2013: 14–16 beziehungsweise auf G 77 2013). Diese Ziele prägen auch die konkreten Positionen, die die Gruppe im Rahmen von Klimaverhandlungen vertritt. Basierend auf dem in Artikel 3.1 der Klimarahmenkonvention festgesetzten Prinzip der „gemeinsamen aber differenzierten Verantwortung“ betont die Gruppe – im Gegensatz zu den Industrieländern, die die Bedeutung „gemeinsamer“ Anstrengungen zum Umgang mit dem Klimawandel hervorheben, – vor allem den zweiten Teil des Prinzips – die „differenzierte“ Verantwortung (vgl. Kasa/Gullberg/Heggelund 2008: 116). So sieht die Gruppe G77+China lange Zeit die Industrieländer aufgrund ihrer historischen Verantwortung für die Entstehung des Problems als primär zuständig für seine Lösung und somit für die Reduktion von Treibhausgasen (vgl. ebd.). Außerdem sind für die Länder dieser Gruppe andere Ziele wie Armutsbekämpfung, das Recht auf ökonomische Entwicklung und die Bewahrung ihrer eigenen Souveränität wichtiger als die Lösung des Klimaproblems. Etwaige Strategien zum Umgang mit dem Klimawandel sollen aus ihrer Sicht diese Primärziele nicht behindern (vgl. Kasa/Gullberg/Heggelund 2008: 118).

Neben diesem gemeinsamen Rahmen ist der Block G77+China jedoch eine sehr heterogene Gruppe, die mit Blick auf das Problem Klimawandel eine starke Interessensheterogenität der einzelnen Mitgliedsländer aufweist (vgl. Happaerts/Bruyninckx 2013: 14–16; Walk 2008: 129–130; Kasa/Gullberg/Heggelund 2008: 119; Kiyar 2013a). In der Literatur werden dementsprechend vier unterschiedliche Untergruppen identifiziert – die

Schwellenländer (BRIC/BRICS, seit 2009 als BASIC), die in der OPEC zusammengefassten Ölexporture, die Allianz der kleinen Inselstaaten (AOSIS) sowie die Least Developed Countries (LDCs) (vgl. ebd.).

Die OPEC-Länder (Saudi Arabien, Iran, Irak, Kuwait, Venezuela) werden in der Literatur als Blockierer wahrgenommen, weil sie einen hohen Anteil von Treibhausgasemissionen aufweisen und ihre Interessen im Bereich Ölförderung durch strenge Klimaschutzmaßnahmen als bedroht ansehen (vgl. Walk 2008: 129–130; Happaerts/Bruyninckx 2013: 14–16). Sie gelten als starke Verbündete der Ölindustrie und setzen sehr aktiv ihre Interessen innerhalb der G77-China-Gruppe durch (vgl. Happaerts/Bruyninckx 2013: 14–16; Kasa/Gullberg/Heggelund 2008: 123f.; Kiyar 2013a).

Die Schwellenländer der BASIC-Gruppe wie Indien, China oder Brasilien werden als Unentschiedene bezeichnet. Einerseits würden zukünftige verbindliche Klimaschutzmaßnahmen ihre Entwicklungsziele potentiell bedrohen, da ihr rasanter wirtschaftlicher Aufschwung mit hohen Treibhausgasemissionen verbunden ist. Andererseits wären sie von den Folgen eines fortschreitenden Klimawandels stark betroffen (vgl. Walk 2008: 129–130; Walsh et al. 2011: 268–272). Die Einbeziehung dieser Länder in einem Post-2012-Abkommen zu verbindlichen Reduktionsverpflichtungen stellte einen zentralen Streitpunkt in den Verhandlungen dar (vgl. Kiyar 2013a). Obwohl sie sich im Laufe der Zeit für solche Forderungen kommunikativ öffneten, haben sie außer Absichtserklärungen bisher keine verbindlichen Reduktionsziele festgelegt (vgl. ebd.). Ihre Bedeutung wird in internationalen Klimaverhandlungen als besonders wichtig angesehen. Die vor allem vor und während der COP 15 2009 in Kopenhagen vorangetriebene Stärkung von Positionen und Verhandlungsstrategien innerhalb der Gruppe sehen einige Autoren als Verschiebung der Kräfteverhältnisse in internationalen Klimaverhandlungen:

„Indeed, the story of the Copenhagen climate conference in December 2009 has been used as a vignette to capture this power shift, with the BASIC group of countries (Brazil, South Africa, India and China) sidelining Europe in climate change negotiations and forcing the United States to negotiate within a very different institutional context“ (Hurrell/Sengupta 2012: 463–464; vgl. auch Happaerts/Bruyninckx 2013: 12–16).

Nah an der EU-Position und für eine starke Klimaschutzpolitik sind die zwei anderen häufig analysierten Ländergruppen innerhalb G77+China positioniert – AOSIS (Alliance of Small Island States) und die LDCs (Least Developed Countries), die beide sehr stark unter zukünftigen Klimawandelfolgen leiden würden (vgl. Walk 2008: 129–130). Aufgrund ihrer starken Vulnerabilität (auch angesichts ihrer niedrigen Anpassungskapazitäten) mit Blick auf Klimawandelfolgen und Umweltkatastrophen fordern

sie ambitionierte Klimaschutzziele und eine Fortsetzung des Kyoto-Regimes (vgl. Audet 2013: 374; Kasa/Gullberg/Heggelund 2008: 124–125; Kiyar 2013a).

Neben Länder-Koalitionen, die nach spezifischen Konstellationen der Klima-Governance oder der Betroffenheit vom Klimawandel organisiert sind, sind auch regionale Verbünde bei den UNFCCC-Verhandlungen mit ihren Positionen vertreten. Dazu zählt beispielsweise die Afrikanische Gruppe (The Africa Group), die die Afrikanische Union (African Union) im Rahmen von UN-Klimaverhandlungen vertritt und als „regional base bloc“ (Audet 2013: 374) angesehen wird. Dem afrikanischen Kontinent wird eine sehr hohe zukünftige Vulnerabilität seiner vielen LDCs-Länder zugeschrieben – vor dem Hintergrund dieser Konstellation tritt auch die Africa Group bei den internationalen Klimaverhandlungen auf (vgl. ebd.).

Regionale Spezifika und Betroffenheit prägen auch die Position des Verbundes der Südostasiatischen Staaten (Association of South East Asian Nations – ASEAN). Diese haben sich im Laufe der Verhandlungen als Gruppe mit eigenständigen Interessen positioniert. Ursprünglich wird bei seinen Mitgliedern eine eher zurückhaltende bzw. skeptische Einstellung zum Problem Klimawandel bzw. zu seiner Existenz beobachtet (vgl. Gerstl/Helmke 2012: 138–139). Doch die hohe Vulnerabilität der Region gegenüber potentiellen Klimawandelfolgen macht die Auseinandersetzung mit dem Problem unerlässlich (vgl. ebd.; Whitehead 2013: 15–21). Obwohl die Zuständigkeiten zum Umgang mit dem Klimawandel primär bei den nationalen Regierungen angesiedelt sind und ASEAN im Gegensatz zur EU als ein Soft-Law-Verbund gilt, werden in den letzten Jahren auch transnationale regionale Bemühungen zur Handlungskoordination und aktiven Positionierung sichtbar (vgl. Gerstl/Helmke 2012: 138–139; Whitehead 2013: 15–21). Es werden beispielsweise durch die Singapur Declaration 2007 und die sich ihr anschließenden Resolutionen Absichtserklärungen für eine höhere Priorität von Anpassungsmaßnahmen sowie zur Erhöhung des Anteils von erneuerbaren Energien auf 15 Prozent bis 2015 und Wiederaufforstung von 15 Mio. Hektar Waldabdeckung bis 2020 abgegeben (vgl. Whitehead 2013: 15–21). Darüber hinaus beginnt ASEAN 2011 damit, auch bei internationalen Klimakonferenzen gemeinsame Positionserklärungen abzugeben (vgl. ebd.).

Neben dem globalen bzw. transnationalen Klima-Regime, das eng an die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen gekoppelt ist, existieren weitere Formen der internationalen Zusammenarbeit, die ebenfalls von Bedeutung sind und kurz beschrieben werden.

Auf der globalen Ebene sind als Beispiel die Aktivitäten der Weltbank zu nennen, die Ende der 1990er Jahre den Prototype Carbon Fund gründet, auf dessen Grundlage später der durch das Kyoto-Protokoll initiierte Clean Development Mechanism aufbaut (vgl. Keohane/Victor 2011: 11–12). Die Bank ist auch für das Management der finanziellen Mechanismen im Rahmen von UNFCCC und Kyoto zuständig und initiiert darüber hinausgehende Fonds und Förderanreize für Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte (vgl. ebd.). Auch andere globale Institutionen und UN-Abteilungen, deren Aktivitäten inhaltlich mit dem Klimawandel und seinen Folgen zusammenhängen, beteiligen sich an der internationalen Politik. Dazu zählt Walk (2008: 130) beispielsweise das United Nations Environmental Programme (UNEP), das United Nations Development Programme (UNDP), die United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), die GEF (Global Environment Facility), die World Meteorological Organisation (WMO), die Organization for Economic Cooperation and Development (OECD) oder die International Energy Agency (IEA).

Auf der subglobalen Ebene werden in der Literatur primär vier Clubs identifiziert, die den UNFCCC-Prozess ergänzen, aber teilweise auch als seine Konkurrenten angesehen werden (vgl. Keohane/Victor 2011: 10). Die Asia-Pacific-Partnership (APP) sowie das Major Economies Meeting on Energy Security and Climate Change (MEM, später in Major Economies Forum, MEF, umbenannt) wurden auf Initiative der Administration von US-Präsident George W. Bush gegründet (vgl. ebd.). Besonders die APP, an der sechs große Emittenten-Länder – die USA, Kanada, Australien, Japan, Indien und China – beteiligt sind, hat das Ziel, einen alternativen Weg zu dem aus Sicht der Mitglieder restriktiven Kyoto-Regime einzuschlagen. Die technologische Kooperation und der Transfer von sauberen, effizienten und kostengünstigen Technologien unter Beteiligung auch des privaten Sektors stehen dabei im Vordergrund (vgl. ebd.; Karlsson-Vinkhuyzen/van Asselt 2009: 198–200). Auch das MEM, an dem 16 große Volkswirtschaften inkl. der EU beteiligt sind, hat das Ziel „to set its own rules for a more flexible strategy to reduce emissions“ (Keohane/Victor 2011: 10). Sein Stellenwert in der internationalen Klimapolitik und im Vergleich zu anderen Länderkoalitionen wird jedoch in Frage gestellt (vgl. Happaerts/Bruyninckx 2013: 10–12).

Weitere zwei Länderklubs betreffen bereits existierende transnationale Institutionen, die G8 sowie die G20, die das Thema Klimawandel aufgreifen. Sie unterstützen jedoch die Ziele und Prinzipien des UNFCCC-Regimes und zielen lediglich auf ergänzende Aktivitäten und Positionen ab

(vgl. Keohane/Victor 2011: 10–11; Kiyar 2013a; Happaerts/Bruyninckx 2013: 8–10). Seit 2005 wird das Thema Klimawandel bei jedem G8-Treffen prominent behandelt und „[a]mong intergovernmental institutions, the G8 and EU have offered the earliest and clearest articulation for the global goal of limiting warming at 2 degrees Celsius above pre-industrial levels“ (Keohane/Victor 2011: 11). 2005 wird auch der „Gleaneagles Dialogue“ gegründet, der sich mit den Themen Klimawandel, sauberer Energie und nachhaltiger Entwicklung befasst und an dem neben der EU-Kommission und den G8-Ländern auch große Schwellenländer teilnehmen und über Maßnahmen gegen den Klimawandel diskutieren (vgl. Kiyar 2013a).

Die hier detailliert beschriebenen Konstellationen internationaler Klimapolitik machen deutlich, dass es sich dabei um komplexe Verflechtungen auf verschiedenen Ebenen handelt. Einerseits reproduzieren sie typische Trennungslinien internationaler Beziehungen, die auch bei der Diskussion anderer internationaler Problemlagen zum Tragen kommen – etwa die Nord-Süd-Spaltung („North-South-Divide“, vgl. z.B. Reuveny/Thompson 2007) zwischen Industrie- und Entwicklungsländern oder die Abgrenzung zwischen Europa und den restlichen Industrieländern (vgl. Depledge 2006: 3–4). Andererseits zeigen sich aber auch spezifische themenbezogene und interessensgeleitete Länderkoalitionen, die die üblichen Spaltungslinien aufbrechen (vgl. ebd.), wie etwa die Gruppe Umbrella, die neben USA, Kanada und Australien auch Russland und die Ukraine umfasst, aber auch die Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Schwellenländer in „parallel tracks“ wie APP oder dem Gleaneagles Dialogue.

Die Bewertung der Maßnahmen und Aktivitäten des internationalen Klimaregimes fällt in der Literatur ambivalent aus. Neben der Bedeutsamkeit, die ihm die bereits oben erwähnten Autoren für das gesamte Feld Klimapolitik zusprechen, findet sich auch Kritik, die sich auf die Legitimität und Effektivität des transnationalen Regimes bezieht. Hierzu fasst Viehöfer (2011) die wichtigsten Punkte zusammen. Auch aus seiner Sicht sei „die Konstitution eines internationalen bzw. transnationalen Verhandlungssystems [...], dessen erstes Ziel in der Aushandlung einer tragfähigen Konvention zum Schutz der Erdatmosphäre bestand [...], sowie die jährlich zusammentreffende Konferenz der Vertragsparteien [...] eine große politische Leistung“ (vgl. ebd.: 682). Der internationale Blick auf das Thema wurde, so der Autor, bereits in der durch Wissenschaftler angestoßenen Diskussion um den globalen menschengemachten Klimawandel in den 1970er Jahren in den Vordergrund gesetzt. Jedoch blieben „Fragen der

Wissens- und Konsensproduktion und der Legitimation unter Bedingungen von (wissenschaftlicher) Unsicherheit“ (ebd.: 683) sowie die zunehmend in den Mittelpunkt rückenden, auf die Nord-Süd-Spaltung bezogenen Gerechtigkeitsfragen weitestgehend unbeantwortet. Dem Autor zufolge stellt sich diese Legitimationsproblematik als ein Kommunikationsproblem dar:

„Es hat sich gezeigt, dass sich Vorstellungen eines einfachen Wissenstransfers von der Wissenschaft zu politischen Entscheidungsträgern [...] als illusorisch erwiesen haben [...]. Vielmehr ist inzwischen deutlich geworden, dass die Kommunikation von Unsicherheit gegenüber Politik, der massenmedialen Öffentlichkeit sowie gegenüber der konkurrierenden Diskurskoalition der Klimaskeptiker [...] das Klimaregime von Beginn an unter Legitimationsdruck stellte, der sich nicht durch den Verweis auf reines Faktenwissen abbauen ließ“ (Viehöver 2011: 682–683)

Die vorliegende Arbeit greift im Weiteren die von Viehöver (2011) beschriebenen Legitimationsprobleme transnationaler Governance auf und fokussiert vor allem auf ihre kommunikative Dimension. Es stellt sich primär die Frage, welchen Stellenwert massenmediale Kommunikation im Fall der Klimapolitik für die Legitimation transnationaler Governance bzw. zur Schaffung von Legitimationsvoraussetzungen hat. Der nachfolgende Abschnitt erläutert die Zusammenhänge. Daraufhin stellt Abschnitt 2.3 dar, was wir bisher zu den Inhalten von Massenkommunikation über Klimawandel und ihr Legitimationspotential wissen.

2.2.3 Bedeutung von Medien und Massenkommunikation

Grundsätzlich lassen sich drei wichtige Bereiche zur Bedeutung der Massenmedien und ihrer Berichterstattung für die Vermittlung des komplexen Themas Klimawandel identifizieren. Erstens finden sich in Medieninhalten verschiedene Bedeutungskonstruktionen und Informationen zum Themenfeld, die als Informationsquellen für die Rezipienten dienen und auch potentielle Wirkungen bei ihnen entfalten können. Zweitens haben Medien und ihre Inhalte das Potential, als Instanz für die Legitimation der politischen Bearbeitung von Klimawandel zu fungieren, wenn sie ihre in Demokratietheorien verankerten Funktionen wahrnehmen – unter anderem, indem sie drittens als Forum für die Beobachtung des Handelns und des Meinungsaustausches von Akteuren dienen, die mit ihren Positionen öffentlich auftreten.

Der erste Aspekt ist vor allem deshalb wichtig, weil Klimawandel und seine Bearbeitung sehr komplexe Themenfelder darstellen und somit der Öffentlichkeit bzw. der Gesellschaft als Ganzes schwer vermittelbar sind

(vgl. Neverla/Taddicken 2012: 216). Diese Vermittlungsleistung der Medienberichterstattung zeigt sich u.a. darin, dass sie als Hauptinformationsquelle für die Bürger dient (vgl. Neverla/Schäfer 2012). Daraus resultieren Medienwirkungen bei den Bürgern, vor allem im kognitiven Bereich (vgl. Neverla/Taddicken 2012; Taddicken 2013). Zudem achten offenbar auch Wissenschaftler auf Medieninhalte und orientieren sich teilweise in ihrem Handeln daran (vgl. Schäfer et al. 2012: 248). Dabei spiegeln die Massenmedien die Inhalte wissenschaftlicher Befunde zum Klimawandel nicht einfach wider, sondern bereiten die Informationen auf und gewichten sie nach mediensystemspezifischen Regeln, ihren Wertvorstellungen und kulturellen Praktiken (vgl. Rhomberg 2012: 30–31). Auf diese Art und Weise entstehen durch die Massenmedien vermittelte soziale Konstruktionen des Phänomens Klimawandel (vgl. ebd.; Peters/Heinrichs 2005).

Der zweite Aspekt, der die Wichtigkeit medialer Konstruktionen ebenfalls unterstreicht, bezieht sich auf das Legitimationspotential massenmedialer Inhalte für die Problemdefinition und Problembearbeitung des Themenfelds. Dies ist aufgrund der Bedeutsamkeit der transnationalen Ebene im Themenfeld Klimawandel besonders wichtig. In der Literatur findet sich der Einwand zum Demokratiedefizit dieser Ebene, die nicht ohne weiteres der Beobachtung und Kontrolle der Beherrschten, z.B. durch direkte Wahlen, unterliegt (vgl. Zürn 2000). Somit gewinnt das Potential der kommunikativen Komponente demokratischer Legitimation dieser Ebene stark an Bedeutung und es werden Erwartungen bezüglich Transparenz und Partizipationsoffenheit insb. der öffentlichen, massenmedialen Kommunikation gestellt (vgl. Fraser 2007; Wessler et al. 2008a), die in Kapitel 3 erläutert werden.

Damit eng verbunden ist drittens wichtig, dass massenmediale bzw. öffentliche Kommunikation als ein Forum für den öffentlichen Austausch von Positionen und Meinungen aufgefasst wird, welches für eben diese, für öffentliche Legitimation notwendige, Transparenz und Partizipationsoffenheit fördernd sei (vgl. z.B. Ferree et al. 2002b). In diesem Forum konkurrieren verschiedene Akteure um die Durchsetzung der eigenen Sichtweisen und Positionen, die öffentlich ausgetragen und verhandelt werden (vgl. Peters/Heinrichs 2005). Konkret bezogen auf die Klimadebatte legt die Literaturlage nahe; dass sie durch eine hohe Vielfalt der beteiligten Akteure und Positionen gekennzeichnet ist. Vertreter von Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Medien nehmen in unterschiedlichem Maße an dieser Debatte teil und versuchen die öffentliche Deutung des Phänomens mitzubestimmen (vgl. Weingart/Engels/Pansegrau 2002; Peters/Heinrichs 2005).

Wie finden sich die unterschiedlichen Positionen der an der Klimadebatte beteiligten Akteure in der Medienberichterstattung wieder? Inwieweit lassen sich aus existierenden Studien Schlüsse zu der Transparenz und den Beteiligungsmöglichkeiten der öffentlichen Kommunikation als Vorbedingungen der kommunikativen Legitimation klimapolitischer Maßnahmen ziehen? Dies sind letztlich empirische Fragen, zur denen auch die vorliegende Arbeit einen Beitrag leisten möchte. Dazu ist es erst einmal wichtig, genauer zu analysieren, was aus dem bisherigen Forschungsstand zu medialer Berichterstattung über den Klimawandel bekannt ist und welche Fragen noch offen geblieben sind.

2.3 Medienberichterstattung über den Klimawandel: ein Überblick

In einer Metaanalyse, die strukturelle Merkmale des Forschungsfelds zur medialen Repräsentationen zum Klimawandel analysiert, diagnostizieren Schäfer und Schlichting (2014) eine zunehmende Forschungsaktivität: „[a] flurry of studies in recent years“ (ebd.: 142). Die Autoren analysieren insgesamt 133 Studien, die bis Ende 2012 erschienen sind. Die Forschungsaktivität steigt ihren Ergebnissen zufolge ab etwa 2006 exponentiell an (vgl. ebd.: 148). Mit Blick auf die untersuchten Länder und Medien zeigt sich aber, dass vor allem die Berichterstattung von Medien aus westlichen Ländern analysiert wird und Printmedienanalysen stark dominieren (vgl. ebd. 153f.). Es fehlen vor allem Studien zu den Ländern, die am stärksten von den Folgen des Klimawandels betroffen sind, und zum Vergleich zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Breite komparative Studien, die viele Industrie- und Entwicklungsländer einbeziehen und ihre Ähnlichkeiten und Unterschiede systematisch untersuchen, finden sich ebenfalls kaum (vgl. ebd.).

Vor diesem Hintergrund erfolgt im Folgenden eine Aufbereitung des Forschungsstands – zwar nicht systematisch im Sinne einer quantitativen Metaanalyse, jedoch fokussiert auf Vergleiche zwischen Ländern und Zeiträumen. Sie bezieht sich vor allem auf inhaltliche Aspekte des Forschungsstandes zu den medialen Repräsentationen des Klimawandels mit Blick auf Medienaufmerksamkeit, Medieninhalte, an der Debatte beteiligte Akteure und Quellen. Ziel ist es unter anderem, studienübergreifend festgestellte Befunde zu diesen Aspekten aus der überwiegend aus Fallstudien bestehenden Literatur zu synthetisieren.

2.3.1 Medienaufmerksamkeit

Umfangreiche Ergebnisse über die Medienaufmerksamkeit zum Klimawandel in 37 überregionalen Qualitätszeitungen im (27-)Länder- und Zeitvergleich (1996-2010) haben wir im Rahmen unserer eigenen Arbeiten vorgelegt (vgl. Schäfer/Ivanova/Schmidt 2011; Schäfer/Ivanova/Schmidt 2012; Schmidt/Ivanova/Schäfer 2013; Schäfer/Ivanova/Schmidt 2014; Ivanova/Schmidt/Schäfer 2014). Wesentliche Stärke dieser Studien ist die Messung der Medienaufmerksamkeit. Im Gegensatz zu anderen Analysen, die häufig nur die Anzahl der klimawandelbezogenen Artikel pro Zeiteinheit ermitteln, teilen wir diese Zahl durch die Gesamtzahl der im selben Zeitintervall erschienenen Artikel. Dadurch lassen sich generelle Unterschiede in Umfang, Artikelzahl und Größe zwischen den 37 sehr unterschiedlichen Zeitungen sowie auch in ihrer zeitlichen Entwicklung ausgleichen und die komparative Äquivalenz (vgl. Esser 2013; Wirth/Kolb 2004) unseres Aufmerksamkeitsmaßes erhöht sich. Darüber hinaus entspricht unser Aufmerksamkeitsmaß eher der konzeptionellen Definition von Themenaufmerksamkeit bzw. -salienz als Nullsummenspiel (vgl. z.B. Zhu 1992): Das Vorhandensein von Themen in der Berichterstattung wird dadurch als Prioritätensetzung bzw. Prioritätenverschiebung innerhalb des vorhandenen redaktionellen Raums der Medienangebote modelliert.

Wesentlicher Befund unserer Studien ist der steigende Trend der Medienaufmerksamkeit im Zeitverlauf in allen Ländern, exponentiell ab etwa 2006/2007 (vgl. Schmidt/Ivanova/Schäfer 2013). Ähnliche Befunde finden sich auch in anderen Studien – sowohl zu Ländern aus unserem Sample (vgl. Liu/Vedlitz/Alston 2008; Aykut/Comby/Guillemot 2012; Ahchong/Dodds 2012; Grundmann/Krishnamurthy 2010; Schreurs et al. 2001) als auch darüber hinaus (vgl. für Finnland: Lyytimäki/Tapio 2009; für Japan: Sampei/Aoyagi-Usui 2009; für Ungarn: Schreurs et al. 2001). Der steigende Trend lässt sich auch für unserer Studie vorausgehende Untersuchungszeiträume ab Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre bestätigen (vgl. Carvalho 2007; Ahchong/Dodds 2012; Lyytimäki/Tapio 2009) und findet sich auch bei regionalen Printmedien (vgl. Liu/Vedlitz/Alston 2008).

Zudem zeigt sich, dass besonders hohe Aufmerksamkeitswerte vor allem im Umfeld von großen politischen Ereignissen wie den jährlichen Weltklimakonferenzen erreicht werden. In multivariaten Zeitreihenanalysen, die Einflussfaktoren auf die Entwicklung der Medienaufmerksamkeit in drei Ländern – Deutschland, Australien und Indien – testen, bestätigt sich dieser Befund systematisch (vgl. Schäfer/Ivanova/Schmidt 2014). Me-

dienaufmerksamkeit zum Klimawandel ist vor allem durch politische Ereignisse und Aktivitäten getrieben, sie hängt aber auch mit zivilgesellschaftlichen Aktivitäten stark zusammen (vgl. ebd., ähnlich auch bei Rick/Boykoff/Pielke Jr 2011; Lyytimäki/Tapio 2009). Einzelne kulturelle Ereignisse zeigen ebenfalls einen signifikanten Einfluss. Effekte von Wetterphänomenen oder von Ereignissen aus den Bereichen Wissenschaft und Wirtschaft sind dagegen nur sehr schwach bis gar nicht signifikant nachweisbar (ähnlich bei Shanahan/Good 2000; Ungar 1999). Die stärksten Einflussfaktoren sind dem Bereich der internationalen Politik zuzuordnen (vgl. Schäfer/Ivanova/Schmidt 2014). Zusätzlich spielen bei den Industrieländern Deutschland und Australien auch die Aktivitäten der nationalen Politik eine wichtige Rolle, wohingegen nationale Klimapolitik in Indien keinen nachweisbaren Zusammenhang mit der zeitlichen Entwicklung der Medienaufmerksamkeit aufweist (vgl. ebd.).

Die Bedeutung der Klimapolitik für die Medienaufmerksamkeit bestätigt sich auch im Querschnittsvergleich unter den 27 Ländern in unserer Studie (vgl. Schmidt/Ivanova/Schäfer 2013). So weisen die Industrieländer im Sample, die vom Klimawandel indirekt durch an sie gestellte Reduktionsverpflichtungen und -erwartungen betroffen sind, im Schnitt eine höhere Medienaufmerksamkeit zum Thema Klimawandel auf (vgl. ebd.). Zusätzlich fanden wir im Rahmen der selben Analyse einen weiteren Einflussfaktor, der die Länder im Querschnitt differenziert – die direkte Betroffenheit: Entwicklungsländer, die durch stärkere Klimaschäden betroffen sind oder es in der Zukunft sein werden, weisen signifikant mehr mediale Aufmerksamkeit für den Klimawandel auf als Entwicklungsländer mit einer niedrig ausgeprägten Betroffenheit (vgl. ebd.).

Neben Befunden zu Länder- und Zeitverlaufsunterschieden im Ausmaß der Medienaufmerksamkeit zum Klimawandel und den dahinter stehenden Faktoren finden sich in einigen Studien explizit Befunde, die globale bzw. auf Ländergruppen bezogene transnationale Ähnlichkeit der medialen Aufmerksamkeit zum Klimawandel zeigen. Schreurs et al. (2001) kommen in einem Vergleich von Medien aus Industrie- und Entwicklungsländern und ihrer Aufmerksamkeit zu verschiedenen Umwelt- und Risikothemen zum Ergebnis, dass „climate change shows the highest degree of simultaneity across arenas in the timing of when issue became known to general public“ (ebd.: 352) und „attention to climate was the most [synchronized]“ (ebd. 353). In unseren eigenen Analysen haben wir die Synchronität und Niveauähnlichkeiten der Themenaufmerksamkeit zusätzlich differenziert nach verschiedenen Ländergruppen untersucht

und miteinander verglichen (vgl. Schäfer/Ivanova/Schmidt 2011; Ivanova/Schmidt/Schäfer 2014). Es zeigt sich, dass sie besonders unter europäischen Medien stark ausgeprägt sind und im Zeitverlauf sogar zunehmen. Starke Ähnlichkeiten gibt es auch insgesamt unter den Medien in der westlichen Welt, in denen die Aufmerksamkeit überdurchschnittlich hoch ist (vgl. auch Schmidt/Ivanova/Schäfer 2013; Shehata/Hopmann 2012). Die Themenaufmerksamkeit in Schwellen- und Entwicklungsländern ist deutlich schwächer bis kaum synchronisiert, weder untereinander noch mit den Industrieländern (vgl. Schäfer/Ivanova/Schmidt 2011; Ivanova/Schmidt/Schäfer 2014).

2.3.2 *Medieninhalte*

Eine Vielzahl von Studien befasst sich nicht nur mit der reinen Präsenz des Klimawandels in der medialen Berichterstattung, sondern auch mit den Inhalten dieser Berichterstattung. Untersucht wird hier häufig, welchen Themenbereichen der Klimawandel zugeordnet wird. Studienergebnisse zeigen, dass der Klimawandel, obwohl er als Thema ursprünglich den Bereichen Wissenschaft oder Umwelt am ehesten zuzuordnen ist, in den Medien als Querschnittsthema unter politischen, ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten diskutiert wird (vgl. z.B. Lyytimäki 2011; Lyytimäki/Tapio 2009). In Längsschnittuntersuchungen wurde gezeigt, dass wissenschaftliche Aspekte der Klimaberichterstattung im Zeitverlauf abgenommen haben, während Politik eine immer größere Rolle spielt und klimapolitische Aspekte den Großteil der Berichterstattung ausmachen (vgl. dazu bereits Trumbo 1996; aktuellere Ergebnisse auch bei Kirilenko/Stepchenkova 2012). Andere Studien deuten darauf hin, dass die inhaltliche Ausrichtung der Berichterstattung im Zeitverlauf durch Phasen gekennzeichnet ist, die sich stark voneinander unterscheiden (vgl. Carvalho/Burgess 2005; McComas/Shanahan 1999; Trumbo 1996; Aykut/Comby/Guillemot 2012; Lyytimäki 2011). So identifizieren einige der Autoren Anfangsphasen der Problemdefinition gefolgt von Phasen, die auf Lösungen fokussieren (vgl. McComas/Shanahan 1999; Aykut/Comby/Guillemot 2012; Lyytimäki 2011). Dies fügt sich in das oben beschriebene Bild der Ablösung wissenschaftlicher durch politische Aspekte in der Berichterstattung.

Neben der beschriebenen Themenstrukturierung wird häufig die Berichterstattungsperspektive (Framing) auf den Klimawandel untersucht. Eine der Framingperspektiven betrachtet das Ausmaß der Darstellungen des Klimawandels als ein großräumiges/globales vs. (sub)nationales

Thema in den Medien. Befunde dazu deuten darauf hin, dass die großräumige/globale Perspektive in der Medienberichterstattung überwiegt. Seine Verursachung wird z.B. häufig nicht einzelnen Ländern, sondern generell der westlichen Welt zugeschrieben (vgl. Shrestha/Burningham/Grant 2014; Billett 2010). Auch die Betroffenheit durch seine Folgen wird auf Großregionen und die Welt als Ganzes bezogen dargestellt (vgl. Telesiene 2009; Douulton/Brown 2009; Billett 2010). Lösungsansätze werden primär auf der Ebene der internationalen Politik diskutiert (vgl. Carvalho/Pereira 2008; Teresa Mercado 2012; Gordon/Deines/Havice 2010; Besio/Pronzini 2010; Billett 2010). Aber auch Domestizierungsaspekte im Sinne von Bezügen zum nationalen/lokalen Kontext finden sich in den Befunden (vgl. Brown et al. 2011; Smith/Joffe 2009; Asayama/Ishii 2014; Shrestha/Burningham/Grant 2014; Billett 2010; Eskjær 2013). Olausson (2010; 2009) zeigt darüber hinaus, dass sich Berichterstattungsmuster der Domestizierung und Transnationalisierung nicht zwangsläufig gegenseitig ausschließen. Häufig verbinden z.B. die schwedischen Medien die globale Problematik oder die transnational-orientierte Bearbeitung des Klimawandels mit nationalen Bezügen und bringen somit diese Phänomene dem nationalen Publikum näher (vgl. ebd.). In ihren Analysen finden sich nur wenige Beispiele für exklusiv national orientierte Berichterstattung (vgl. ebd.).

Es gibt darüber hinaus viele Studien, die Befunde zu Einzelaspekten liefern, unter denen der Klimawandel in den Medien diskutiert wird – inwiefern und auf welche Art und Weise wird er (de)problematisiert, welche Ursachen werden identifiziert und welche Handlungsoptionen diskutiert. Obwohl nicht alle Studien den Begriff Framing verwenden, untersuchen sie mehr oder weniger explizit solche Aspekte, die Elemente aus der Framedefinition nach Entman (1993) darstellen:

“To frame is to select some aspects of a perceived reality and make them more salient in a communicating text, in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation, and/or treatment recommendation for the item described. (Entman 1993: 52).

Die Definition von Entmann bietet eine gute Ordnungslogik, um die vielfältigen Befunde zu den inhaltlichen Aspekten der Klimaberichterstattung im Folgenden zu strukturieren. Sie ist auch deshalb gut geeignet dafür, weil, wie bereits erläutert, auch öffentliche Positionen und Kommunikationsstrategien sowie wesentliche Diskussionsstreitpunkte im Themenfeld Klimawandel in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft entlang von Gegensätzen in Bezug auf seine (De)Problematisierung, Verursachung oder Bearbeitung ausgerichtet sind.

Problemdefinition

Dem Bereich der Problemdefinition lassen sich unterschiedliche Aspekte zuordnen – die allgemeine Problematisierung oder Deproblematisierung des Klimawandels (Klimaskeptizismus), die Diskussion seiner wissenschaftlichen Grundlagen oder seiner Auswirkungen sowie die Verknüpfung des Phänomens mit anderen Problemen. Die existierenden Befunde lassen sich größtenteils zwei Bereichen zuordnen: Erstens hat sich die Forschung häufig mit der Frage beschäftigt, inwiefern das wissenschaftliche Mainstreamwissen in der Medienberichterstattung „korrekt“ und unverzerrt wiedergegeben wird. Zweitens lassen sich viele Befunde zu der Frage zusammentragen, inwiefern und auf welche Art und Weise das Phänomen und seine Auswirkungen als ein bedrohliches Problem dargestellt werden und welche Aspekte dabei hervorgehoben werden.

Die erste Frage wird größtenteils in der US-amerikanischen Forschung bzw. in der Forschung zu US-amerikanischen Medien untersucht. Darin wird festgestellt, dass das wissenschaftliche Mainstreamwissen zum Klimawandel aufgrund der journalistischen Qualitätskriterien wie Objektivität und Ausgewogenheit „verzerrt“ in den Medien dargestellt wird (vgl. Boykoff/Boykoff 2004). Durch die Kriterien der Objektivität und Ausgewogenheit wird Sprechern, die an der Existenz und Dringlichkeit des Klimawandels zweifeln, überproportional viel Raum in der Berichterstattung eingeräumt. Somit entsteht ein verzerrtes Bild von Unsicherheit, obwohl die wesentlichen Befunde zu Existenz, Verursachung und Auswirkungen des Klimawandels in der Wissenschaft als weitestgehend gesichert gelten (vgl. ebd.). Exemplarisch für diese Forschung sind die Studien zur US-, in einigen Fällen zur UK-Berichterstattung von Max Boykoff, teilweise zusammen mit Jules Boykoff oder anderen Kollegen². Ländervergleichende Analysen zeigen, dass dieses Phänomen vor allem für US- deutlich abgeschwächer aber auch für UK-Medien charakteristisch ist (vgl. Dispensa/Brulle 2003; Grundmann/Scott 2014; Bailey/Giangola/Boykoff 2014; Brossard/Shanahan/McComas 2004; Painter/Ashe 2012; Zamith/Pinto/Villar 2013). Insbesondere in den USA gibt es ein überproportional starkes Lager von Klimaskeptikern und Gegnern von Klimaschutzmaßnahmen aus Politikern, Wissenschaftlern, Wirtschaftsakteuren und konservativen Think-Tanks (vgl. McCright/Dunlap 2000). Dieses Phänomen geht jedoch

2 Vgl. Boykoff 2007b; Boykoff 2008a; Boykoff/Boykoff 2004; Boykoff/Boykoff 2007; Boykoff/Mansfield 2008; Boykoff 2007a; vgl. zu den beiden Ländern auch Antilla 2005; Zehr 2000; Barr 2011; Carvalho 2007; Woods/Fernandez/Coen 2012

dort im Zeitverlauf zurück, wie eine Studie für die Periode 2005-2006 verglichen mit 2003-2004 zeigt (vgl. Boykoff 2007a). Im Gegensatz zu den USA ist der Anteil von klimaskeptischen Argumenten in den sonstigen Industrieländern kaum präsent (vgl. zu Deutschland: Peters/Heinrichs 2005; Peters/Heinrichs 2008; Weingart/Engels/Pansegrau 2000; Grundmann/Scott 2014, zu Schweden: Olausson 2009; 2010; zu Neuseeland und Finnland: Dispensa/Brulle 2003; zu Litauen: Telesiene 2009; zu Portugal: Carvalho/Pereira 2008; zu Japan: Asayama/Ishii 2014; zu Australien und Neuseeland: Howard-Williams 2009). Die wenigen zu Entwicklungsländern existierenden Studien zeigen ebenfalls eine weitest gehende Abwesenheit von klimaskeptischen Argumenten in der Berichterstattung (vgl. zu Indien: Billett 2010; zu Nepal: Shrestha/Burningham/Grant 2014; zu Brasilien: Carneiro/Toniolo 2012; zur Türkei: Uzelgun/Castro 2014; zu Argentinien: Teresa Mercado 2012; zu Mexiko: Gordon/Deines/Havice 2010; sowie die vergleichenden Studien zu Indien, Brasilien und China: Painter/Ashe 2012 und zu Brasilien, Argentinien und Kolumbien: Zamith/Pinto/Villar 2013).

Neben der Präsenz des Klimaskeptizismus in der Berichterstattung lassen sich auch die medialen Repräsentationen der Folgen des Klimawandels der Kategorie der medialen Problemdefinitionen zuordnen. Die Thematisierung von (negativen) Klimawandelfolgen und -risiken sowie Aspekten der Betroffenheit geschieht manchmal auch mit dem Stilmittel der Dramatisierung und in Form eines „Katastrophendiskurses“ (vgl. zu Großbritannien: Hulme 2009; Ladle/Jepson/Whittaker 2005; zu den USA: Foust/O'Shannon Murphy 2009; zu Frankreich und Deutschland: Grundmann/Krishnamurthy 2010). Sie stellt eine bedeutende Perspektive der Klimaberichterstattung in Industrieländern dar (vgl. zu Großbritannien: Doulton/Brown 2009; Hulme 2009; Smith/Joffe 2009; zu den USA: Liu/Vedlitz/Alston 2008; zu Frankreich und den Niederlanden: Dirikx/Gelders 2010; zu Italien: Pasquare/Oppizzi 2012). Auch in der Berichterstattung von Entwicklungsländern sind diese Aspekte, Studienergebnissen zufolge, stark präsent. Häufig stellen sie sogar die wichtigste Berichterstattungsperspektive dar, was möglicherweise auch mit der stärkeren Vulnerabilität solcher Länder zusammenhängt (vgl. zu Bangladesch: Miah et al. 2011; zu Peru: Takahashi/Meisner 2013; zu Indien: Billett 2010; zu Uganda: Semujju 2013; zu Mexiko: Gordon/Deines/Havice 2010; zu Argentinien und Kolumbien: Zamith/Pinto/Villar 2013).

Problemverursachung

Die Thematisierung von Ursachen und Verursachern des Klimawandels in den Medien lässt sich generell von den Problemdefinitionen um die (Un)sicherheit und den Zweifel klimawissenschaftlicher Befunde (Klimaskeptizismusdebatte) schlecht trennen. Eine wesentliche Diskussionsrichtung von Klimaskeptikern ist die Frage an sich, inwiefern das Phänomen überhaupt durch menschliche Aktivitäten verursacht wird (vgl. McCright/Dunlap 2000). In der nicht US-amerikanischen Presse von Industrieländern, in der die Skeptizismusdebatte kaum vorhanden ist, gibt es auch kaum eine Diskussion über Ursachen und Verursacher und wenn überhaupt nur in sehr allgemeiner Form (Howard-Williams 2009: 39; vgl. auch Telesiene 2009; Liang et al. 2014). In den wenigen Studien zur Medienberichterstattung in Entwicklungsländern ist die Thematisierung von Ursachen und Verursachern ebenfalls kaum präsent, man findet teilweise jedoch explizite Zuschreibungen gegenüber der westlichen Welt als Hauptverursacher des Klimawandels (vgl. z.B. zu Indien: Billett 2010; zu Nepal: Shrestha/Burningham/Grant 2014; zu Argentinien: Teresa Mercado 2012).

Problembearbeitung und Reaktionen auf das Problem

Klimawandelbezogene Handlungsoptionen und Reaktionen machen den größten Teil der Klimawandelberichterstattung aus. Zu diesem Befund kommen vor allem Studien zur Medienberichterstattung in Industrieländern, die auch einem stärkeren Handlungsdruck ausgesetzt sind (vgl. Dirikx/Gelders 2010; Kenix 2008; Ahchong/Dodds 2012; Nerlich/Forsyth/Clarke 2012; Howard-Williams 2009; Pasquare/Oppizzi 2012; Zamith/Pinto/Villar 2013). Wenn Handlungsoptionen und Reaktionen auf den Klimawandel thematisiert werden, dann überwiegen dabei die Klimaschutzmaßnahmen, während über Anpassungsmaßnahmen kaum berichtet wird (vgl. zu USA: Liu/Vedlitz/Alston 2008; zu Deutschland: Peters/Heinrichs 2005; zu Kanada: Ahchong/Dodds 2012; zur Schweiz: Besio/Pronzini 2010; zu Peru: Takahashi/Meisner 2013).

Insgesamt wird politischen Akteuren Problemlösungsverantwortung zugeschrieben, vor allem denen aus dem Bereich internationaler Politik (vgl. zu Portugal: Carvalho/Pereira 2008; zur Schweiz: Besio/Pronzini 2010; zu Frankreich: Brossard/Shanahan/McComas 2004; zu Mexiko: Gor-

don/Deines/Havice 2010; zu Argentinien: Teresa Mercado 2012). Gelegentlich werden medial auch nationale Regierungen in die Verantwortung gezogen – z.B. in Kanada (vgl. Ahchong/Dodds 2012). Einige Studien zeigen, dass Industrieländer explizit als Handlungsverantwortliche thematisiert werden (vgl. zu Großbritannien: Doultou/Brown 2009; zu Indien: Billett 2010).

Neben Maßnahmen der Politik werden auch Maßnahmen aus den Bereichen Wirtschaft und Technologie als Handlungsoptionen gegen den Klimawandel thematisiert – häufig in der Medienberichterstattung in Industrieländern (z.B. in Kanada: Davidsen/Graham 2014; in den USA: Feldpausch-Parker et al. 2013; Stephens/Rand/Melnick 2009; in Portugal: Carvalho/Pereira 2008; in der Schweiz: Besio/Pronzini 2010; in Großbritannien: Koteyko 2012; sowie länderübergreifend: Koteyko/Thelwall/Nerlich 2010). Auch Befunde zu einer Thematisierung von Handlungsoptionen, die auf Veränderungen von Lebensstil und Konsumverhalten sowie Werten und Einstellungen der Bürger abzielen, werden von einigen der Studien herausgestellt (vgl. z.B. zur Schweiz: Besio/Pronzini 2010 sowie länderübergreifend: Koteyko/Thelwall/Nerlich 2010).

So wie bei der Medienaufmerksamkeit arbeiten einige Studien auch bei den inhaltlichen Aspekten der Klimaberichterstattung explizit die Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen Ländergruppen heraus. So lässt sich feststellen, dass sich innerhalb der EU-Länder nicht nur die Intensität, sondern auch die Inhalte der Berichterstattung am stärksten zu ähneln scheinen (vgl. zu Framing in Frankreich und den Niederlanden: Dirikx/Gelders 2010; in Frankreich, Großbritannien und Deutschland: Grundmann/Krishnamurthy 2010). Für die USA sind die Ergebnisse diesbezüglich widersprüchlich. Einerseits zeigen sich Berichterstattungsähnlichkeiten mit den europäischen Ländern – z.B. mit Großbritannien im Hinblick auf allgemeine Berichterstattungsstrukturen zum Climategate-Skandal (vgl. Böwe), mit Spanien bei den sprachlichen Mustern der Konstruktion von Unsicherheiten (vgl. Bailey/Giangola/Boykoff 2014), sowie mit Schweden im Hinblick auf das generelle Framing (vgl. Shehata/Hopmann 2012). Andererseits finden Grundmann und Krishnamurthy (2010), dass US-Medien in ihrem Framing deutlich von den (kontinental)europäischen Medien abweichen. Auch eine Betrachtung der detaillierteren Ergebnisse der Climategate-Studie von Bowe und Kollegen (2014) zeigt Unterschiede in den Berichterstattungsperspektiven:

„In Britain, Climategate was more of a local story because it involved public institutions and Parliamentary hearings over potential corruption. In the U.S., on the other hand, the specific political implications of the situation were far removed, but the general contours of the scandal fit into growing public skepticism of the scientific establishment.“ (ebd.: 165).

Diese Widersprüche lassen sich möglicherweise mit dem Abstraktionsniveau der jeweiligen Vergleichsperspektiven erklären. Z.B. zeigen Grundmann und Scott (2014) in einem Vergleich zwischen den USA und den EU-Ländern, dass „all countries show a dominance of advocates over sceptical voices for the period 2000-10“ (ebd.: 232), was jedoch Unterschiede auf einer Ebene tiefer nicht ausschließen würde (vgl. ebd.).

Nicht nur in Europa und teilweise im transatlantischen Raum finden sich inhaltliche Ähnlichkeiten der Klimaberichterstattung in den Medien. Auch ein Vergleich zwischen der Berichterstattung von australischen und neuseeländischen Zeitungen kommt zu dem Ergebnis, dass sich keine größeren Unterschiede finden (vgl. Howard-Williams 2009: 39).

Anders sieht es aus, wenn Industrie- und Entwicklungsländer verglichen werden. In einem Vergleich der Berichterstattung von Medien aus den USA, Dänemark, dem Libanon und Jordanien findet Eskjaer (2013) zwar insofern Parallelen, als dass „climate change has become a global news topic covered by all the sampled newspapers“ (ebd.: 78). Nichtsdestotrotz weist er auf inhaltliche Berichterstattungsunterschiede zwischen dem Westen und dem mittleren Osten in seinen Ergebnissen hin (vgl. ebd.). Auch andere Studien kommen, so wie dies für die Medienaufmerksamkeit festgestellt wurde, zu deutlicheren inhaltlichen Unterschieden zwischen Industrie- und Entwicklungsländern (vgl. für China vs. USA und Kanada: Liang et al. 2014; für Mexiko vs. USA, Frankreich und Spanien: Ferlini/Crúz-Mena 2008; für den Nahen Osten im vgl. zu Dänemark: Eskjær 2009).

2.3.3 Akteure, Sprecher und Quellen

Neben vielfältigen Ergebnissen zu inhaltlichen Aspekten der Berichterstattung liefern einige Studien auch Befunde zu ihren Quellen sowie darüber, welche Akteure neben den Journalisten als Sprecher auftreten und somit ihre Sichtweisen öffentlich kommunizieren können.

So sind Studienergebnissen zufolge Erkenntnisse der Wissenschaft zwar nicht die einzigen, aber doch sehr wichtige Quellen für Informationen und Fakten der massenmedialen Klimaberichterstattung (vgl. Liu/Vedlitz/Alston 2008; Weingart/Engels/Pansegrau 2002). Obwohl lange

Zeit die Klimadebatten innerhalb des Wissenschaftssystems intern geführt wurden, wird mit einem zunehmenden politischen Interesse an ihnen auch ein Anstieg der Medienaufmerksamkeit für das Thema beobachtet (vgl. Rhomberg 2012: 32–33). Im Fall von Deutschland jedoch, wie Rhomberg (ebd.) zusammenfassend beschreibt, scheinen diese Prozesse umgekehrt zu verlaufen. Es sind dem Autor zufolge die Akteure aus der Wissenschaft diejenigen, die die Öffentlichkeit und die Medien zunächst mit dem Begriff „drohende Klimakatastrophe“ für das Thema sensibilisieren, sich dann jedoch in dem für sie unerwarteten weiteren, durch Dramatisierung und Zuspitzung geprägten Verlauf der Debatte um eine weniger dramatische, sachlichere Diskussion bemühen (vgl. ebd., bezugnehmend auf Weingart/Engels/Pansegrau 2002). Dies ist nur ein Beispiel der in der Literatur häufig thematisierten Interaktionsschwierigkeiten zwischen Wissenschaft und Medien, die in den sehr unterschiedlichen Funktionsweisen und Eigenlogiken begründet sind (vgl. Rhomberg 2012: 37–38). In stark medialisierten Themen, wie dem Klimawandel, für deren Bearbeitung zugleich Vermittlung von Expertenwissen unabdingbar ist, werden entsprechend auch Erwartungen an die Experten zur Kommunikation und Interaktion mit Vertretern von Politik, Medien und Öffentlichkeit gestellt (vgl. Boykoff 2008b; Ivanova et al. 2013). Entsprechend richtet sich das Wissenschaftssystem darauf ein, indem es beispielsweise auf Unterstützung von Kommunikationsexperten zurückgreift (vgl. Rhomberg 2012: 37–38).

Die Akteursgruppe, die in der medialen Berichterstattung über den Klimawandel am stärksten präsent ist, ist die der Politiker (vgl. z.B. Grundmann/Scott 2014). Rhomberg (2012: 41) hält zusammenfassend fest, dass die politische Deutung wissenschaftlicher Erkenntnisse und ihre Übersetzung in verhandelbare Positionen das primäre Ziel der öffentlichen Kommunikation von Politikern darstellt. Darüber hinaus nehmen politische Akteure eine Einordnung der Thematik in bereits bestehende gesellschaftliche Konfliktlinien vor, um ihre Positionen und Entscheidungen in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Auf der internationalen Ebene zeigen sich diese Konfliktlinien beispielsweise durch die bereits oben beschriebenen Konflikte zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Aber auch auf nationaler Ebene sind sie wichtig – in verschiedenen Ländern in unterschiedlichem Maße. Während beispielsweise das Thema in Australien sehr kontrovers diskutiert wurde und bei zwei Wahlkämpfen zwischen Konservativen und Liberalen zu einem der wichtigen Wahlkampfthemen gehörte (vgl. Rowe 2011), geht man in Deutschland von einem Konsens bezüglich der Existenz vom Klimawandel und der Notwendigkeit zum Handeln aus (vgl. Schäfer/Ivanova/Schmidt 2014). Untersuchungen in verschiedenen

Ländern stellen einheitlich fest, dass politische Sprecher, insbesondere aus dem Bereich der jeweiligen nationalen Regierungen, die Berichterstattung dominieren (vgl. zu den USA: Boykoff 2012; zu Kanada: Ahchong/Dodds 2012; zu Neuseeland: Kenix 2008; vergleichend zu den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland: Grundmann/Scott 2014; zu Peru: Takahashi 2011; zu Chile: Dotson et al. 2012). Aber auch internationale politische Akteure wie der ehemalige US Vize-Präsident Al Gore können zum dominierenden Bezugspunkt in allen Ländern werden (Grundmann/Scott 2014).

Auch zivilgesellschaftliche Akteure sind bei der Thematik Klimawandel sehr aktiv. Obwohl, wie Schmidt (2012) erläutert, es nicht eindeutig belegt werden kann, inwiefern die Medienaufmerksamkeit zu dem Thema auf diese Aktivitäten zurückzuführen ist, deuten die von ihm in einem Literaturüberblick aufbereiteten Studien auf Erfolgstendenzen der zivilgesellschaftlichen Initiierung von Aufmerksamkeit hin (vgl. ebd.: 85). Zusätzlich ist dem Autor zufolge wichtig, dass auch nichtöffentliche Kommunikationskanäle für zivilgesellschaftliche Akteure der Klima- und Umweltbewegungen eine große Rolle spielen. Extern ausgerichtet haben sie sich vor allem auf internationaler Ebene im Rahmen der jährlichen Klimakonferenzen als Experten und Berater in Fragen der Klimapolitik etabliert, was ihnen ggf. Potentiale für Einflussnahme eröffnet (vgl. ebd.). Intern ausgerichtet bilden sie über den Deutungsrahmen der Klimagerechtigkeit Allianzen mit anderen etablierten Gruppen der Zivilgesellschaft – „religiösen, gewerkschaftlichen, globalisierungskritischen, Entwicklungs-, Frauen-, Minderheiten- und Menschenrechtsgruppen“ (Schmidt 2012: 85) – und verbinden somit Aspekte des Umwelt- und Klimaschutzes mit grundlegenden gesellschaftlichen Problemen (vgl. ebd.).

In den Studien, die Medien in Industrieländern untersuchen, zeigt sich, dass zivilgesellschaftliche Akteure häufig zitiert werden (vgl. zu den USA: Boykoff 2012; zu Kanada: Ahchong/Dodds 2012; zu Neuseeland: Kenix 2008). Dies gilt vor allem für diejenigen, die auf sachliche Wissensproduktion anstatt auf Dramatisierung setzen, wie eine Studie für Norwegen findet (vgl. Krøvel 2012). Aus den wenigen Studien zu Entwicklungsländern lässt sich jedoch entnehmen, dass die zitierte Sprechergruppe eher homogener ist und primär aus dem Kreis der Regierungsrepräsentanten kommt (vgl. zu Peru Takahashi 2011; zu Chile: Dotson et al. 2012). Umweltaktivisten als Sprecher bekommen hier nur einen limitierten Zugang zur öffentlichen Debatte (vgl. Takahashi 2011).

Der Klimawandel sowie klimapolitische Entscheidungen und Regulierungen tangieren auch eine andere Akteursgruppe sehr stark – die der

Wirtschaft. Daher bemühen sich auch Wirtschaftsakteure ihren Interessen entsprechend um öffentliche Mitsprache und Einflussnahme (vgl. Schlichting 2012: 47). In einem Überblick des Literatur- und Forschungsstands zu Kommunikationsstrategien wirtschaftlicher Akteure im 20-Jährzeitraum 1990 - 2010 identifiziert Schlichting (2012) drei Phasen bzw. drei Kommunikationsframes oder -strategien. In der Anfangszeit bis Mitte der 1990er dominiert demnach der Frame der wissenschaftlichen Unsicherheit über den Klimawandel, primär initiiert durch Vertreter der fossilen Rohstoff- und Energieindustrien (vgl. ebd.). Diese Kommunikationsstrategie findet insb. in den USA fruchtbaren Nährboden – indem einflussreiche Industriezweige pseudowissenschaftliche Forschungsstränge fördern, die die Unsicherheiten um das Phänomen Klimawandel hervorheben und seine Existenz anzweifeln (vgl. ebd.). Als der wissenschaftliche Konsens im Laufe der Zeit immer stärker wächst, nutzen die oben genannten Interessengruppen im Umfeld der Kyoto-Verhandlungen eine andere Argumentationsstrategie – sie thematisieren die negativen Auswirkungen von verbindlichen Treibhausgasreduktionsmaßnahmen auf den Wohlstand und Lebensstil der Bürger (vgl. ebd.). Ein dritter Frame, der die Kommunikationsinhalte von Industrieakteuren bis in die Gegenwart dominiert, geht ursprünglich auf europäische Akteure zurück und proklamiert eine "industrielle Führerschaft". "Within this frame, industry actors acknowledge corporate responsibility for the climate. However, they portray technological innovations as the primary assets to combat climate change." (Schlichting 2013: 506).

Und nicht zuletzt prägen die Medien als Akteure und Quellen die Medieninhalte über das Thema sehr stark. Umfang und thematische Aufbereitung des Themas, die verwendeten Quellen sowie die darin zu Wort kommenden Akteure sind auf Entscheidungen und Arbeitsweisen der Medienschaffenden zurückzuführen. Neverla und Trümper (2012) halten in einem Literaturüberblick dazu fest, dass der Forschungsstand zur Produktion und zum Produktionskontext von klimawandelbezogenen Medieninhalten in klassischen Medien insgesamt deutliche Lücken insbesondere im internationalen Vergleich aufweist (vgl. ebd.: 111–112). Als zentrale Befunde bilanzieren sie, dass Journalisten das Phänomen Klimawandel nicht unbedingt als ein rein wissenschaftliches Thema, sondern ressortübergreifend bearbeiten (vgl. ebd.). Die Entscheidungen, wann und wie über das Thema berichtet wird, orientieren sich stark an Nachrichtenfaktoren und werden häufig mit Ereignissen aus dem Bereich Politik oder Populärkultur sowie mit Extremwetterereignissen und Naturkatastrophen verknüpft (vgl. ebd.). Außerdem scheinen das Greifbarmachen des Themas sowie

seine Verknüpfung mit dem Alltag der Leser für Journalisten sehr wichtig zu sein (vgl. ebd.).

In sozialen Medien – dies zeigt eine Analyse der Verweise in Twitter-Meldungen zum Klimawandel von Kirilenko und Stepchenkova (2014) – „the flow of information is highly centralized, with few media outlets, celebrities, and prominent bloggers leading the debate“ (ebd.: 181). Dabei wird auf Online-Angebote klassischer Massenmedien wie z.B. guardian.co.uk mit Abstand am häufigsten verwiesen (vgl. ebd.: 178). Auch Nachrichtenagenturen scheinen als Informationsquellen eine wichtige Rolle zu spielen. So zeigt sich in Bezug auf die Quellen der US- Klimaberichterstattung, dass „collective newswire/news service community is not only an essential but a dominant source of climate science news“ (Antilla 2005: 350). Auch für peruanische Printmedien findet sich ein „significant amount of stories originating from wire services“ (Takahashi/Meisner 2013: 427).

2.4 Zwischenfazit

Sechs wesentliche Punkte sollen aus den in diesem Kapitel zusammengetragenen Ausführungen zum Klimawandel und seiner Bearbeitung für die vorliegende Untersuchung mitgenommen werden.

Erstens erweist sich der Klimawandel als ein sowohl naturwissenschaftlich als auch gesellschaftlich komplexes Problem. Diese Komplexität ergibt sich zum einen aus den Schwierigkeiten, seine weitreichenden und langfristigen Auswirkungen auf Mensch und Natur mit hoher wissenschaftlicher Sicherheit zu prognostizieren und die für das Verständnis seiner Tragweite notwendigen Zusammenhänge und Interdependenzen des Klimasystems an die Gesellschaft zu vermitteln. Zum anderen gestaltet sich auch die Wahl der Problembehandlungsoptionen durch die Gesellschaft als äußerst komplex, da unterschiedliche Lösungsstrategien mit den Interessen verschiedener Akteure auf internationaler und nationaler Ebene kollidieren.

Zweitens haben sich im Laufe der Zeit Mehrebenen-Governance-Strukturen zur Bearbeitung des Problems auf internationaler Ebene herausgebildet, die maßgeblich die Entwicklung der heutigen Klimapolitik geprägt haben. Sie stellen eine vielschichtige Struktur von Verhandlungsgruppen und Bündnissen dar, die auf verschiedenen Ebenen organisiert sind, die unterschiedlichen in der internationalen klimapolitischen Arena vorhan-

denen Sichtweisen und strategischen Interessen repräsentieren und in einem hohen Umfang die auch bei anderen internationalen Problemen vorhandene Nord-Süd-Spaltung abbilden (vgl. Viehöver 2011).

Bezugnehmend auf diese Sach- und Vermittlungs- sowie Bearbeitungskomplexität des Problems Klimawandel wird drittens in der Literatur trotz der Anerkennung als „eine große politische Leistung“ auch ein Legitimationsproblem des internationalen klimapolitischen Regimes diagnostiziert (ebd.: 682). Dieses wird primär als ein Kommunikationsproblem beschrieben, das sich auf die Kommunikation der Wissensproduktion, die Konsensherstellung, auch mit Blick auf Handlungsoptionen, „unter Bedingungen (wissenschaftlicher) Unsicherheit“ (Viehöver 2011: 683) bezieht.

Vor diesem Hintergrund wurde hier viertens der Stellenwert von Medien und massenmedialer Kommunikation betrachtet. Wie im Kapitel 2.2.3 beschrieben stellen sie einerseits im Kontext des Klimawandels die wichtigste Quelle für die Vermittlung von Informationen an die Gesellschaft zu dem Thema dar. Andererseits werden sie auch als ein Forum angesehen, in dem verschiedene Akteure ihre Problemdeutungen und Handlungspräferenzen öffentlich und für alle Beteiligten sichtbar machen können und in dem politische Entscheidungen öffentlich diskutiert und somit kommunikativ legitimiert werden können. Inwiefern solche Potentiale realisierbar sind, hängt jedoch von der konkreten Ausgestaltung der Medienberichterstattung über den Klimawandel ab, über deren bisherigen Forschungsstand in Kapitel 2.3 ein Überblick erfolgte.

In diesem Überblick wurde fünftens festgestellt, dass die Medien dem Problem Klimawandel eine hohe Aufmerksamkeit widmen, die im Zeitverlauf ansteigt. Seit Ende 2006/Anfang 2007 etabliert sich das Thema als fester Bestandteil der Medienberichterstattung in den meisten Ländern der Welt (vgl. Schmidt/Ivanova/Schäfer 2013). Es hat sich in den unterschiedlichen Studien herausgestellt, dass der Klimawandel in den Medien der meisten Länder konsensuell als ein ernst zu nehmendes und folgenreiches Problem gesehen wird, das anthropogene Ursachen hat (vgl. z.B. Doulton/Brown 2009; Howard-Williams 2009). Auch die in der Berichterstattung zitierten Sprecher scheinen aus dem Lager der „Unterstützer“ zu stammen (vgl. Grundmann/Scott 2014). Deutliche Abweichung von dieser Tendenz stellten nur die US-Medien dar, die im Vergleich zu den anderen Ländern in einem höheren Maße auch klimaskeptische Aspekte vermittelten. Dies scheint sich jedoch im Zeitverlauf zu relativieren (vgl. Boykoff 2007a). Obwohl Wissenschaft und Medien unterschiedliche Funktionslogiken aufweisen (vgl. Weingart/Engels/Pansegrau 2000, 2002), scheint so-

mit die grundsätzliche Perspektive der Mainstream-Wissenschaft von einem anthropogenen Klimawandel mit weitreichenden Folgen auch durch die Medien grundsätzlich getragen zu werden (vgl. dazu auch Brüggemann/Engesser 2014).

Sechstens zeigen die unterschiedlichen Studien, dass seiner Reichweite entsprechend der Klimawandel in den Medien in einer transnationalen, großräumigen Perspektive betrachtet wird und viele unterschiedliche Akteure an der Debatte beteiligt sind. Schwerpunktmäßig wird er durch die Medien als ein Gegenstand inter- bzw. transnationaler Politik diskutiert. Auch scheint die Bedeutung von Politik in der Klimaberichterstattung im Zeitverlauf zuzunehmen (vgl. Kirilenko/Stepchenkova 2012). Zudem erweist sich, dass Medienaufmerksamkeit zum Klimawandel grundsätzlich international-politisch gesteuert wird (vgl. Schäfer/Ivanova/Schmidt 2014). Diese Befunde könnten hier grundsätzlich im Sinne eines kommunikativen Legitimationspotentials von Massenmedien für die internationale Klimapolitik, zumindest mit Blick auf die Transparenzleistungen der Massenmedien, interpretiert werden. Sie erlauben jedoch noch keine abschließende Beurteilung, da sich weder normativ noch empirisch hergeleitete Maße für eine solche Beurteilung in der Literatur finden lassen (für eine Diskussion vgl. Wessler et al. 2008a).

Wie eingangs in Kapitel 2.3 erläutert, können diese bilanzierenden Schlussfolgerungen aus dem Forschungsstand jedoch nur auf der Basis sich wiederholender Ergebnisse aus vielen Einzelstudien, die sich häufig nur auf ein einzelnes Land beziehen, gemacht und nicht in einem systematisch vergleichenden Untersuchungsdesign überprüft werden. Insbesondere zu den Entwicklungsländern ist die Studienlage noch vergleichsweise dünn und es wird in der Literatur der Bedarf für eine Erweiterung der Klimakommunikationsforschung in dieser Hinsicht identifiziert (vgl. Schäfer/Schlichting 2014; Olausson/Berglez 2014). Daher sind diese Schlussfolgerungen zunächst einmal nur als Tendenzen zur Ausgestaltung und Entwicklung der Klimaberichterstattung in den Medien zu interpretieren.

Zudem wurde festgestellt, dass den vielen Fallstudien aufgrund der Fokussierung auf einzelne Länder oder kurze Zeiträume die nötige Generalisierbarkeit ihrer Befunde fehlt, um in einen großen theoretischen Rahmen eingebettet zu werden, obwohl einige Arbeiten durchaus mit Erklärungsmodellen und in einem systematischen Vergleich arbeiten. Auch wird in der Literatur in einem ähnlichen Kontext die „theory-practice divide“ (Olausson/Berglez 2014: 259) der Klimakommunikationsforschung

kritisiert. Der Kritik zufolge reflektieren die meisten Studien den Stellenwert der Medien und Medienberichterstattung für die Gesellschaft und die dadurch an Medien geknüpften Erwartungen (z.B. die der kommunikativen Legitimation von Governance) nicht genügend und bemühen sich nicht genug um Antworten in dieser Hinsicht (vgl. ebd.). Obwohl mittlerweile erste, diese Perspektiven aufgreifende Arbeiten vorgelegt wurden (vgl. Konieczny 2014; Schmidt 2014), bleiben Fragen gerade in einem viele Länder übergreifenden Kontext noch unbeantwortet.

In der vorliegenden Arbeit werden diese zwei angesprochenen Forschungsdesiderata der Klimakommunikationsforschung aufgegriffen. Zum einen wird der „international challenge“ (Olausson/Berglez 2014: 256) dadurch Rechnung getragen, dass hier eine systematisch vergleichende und sowohl Industrie- als auch Entwicklungsländer umfassende Längsschnittanalyse vorgelegt wird, die mit dem gewählten Untersuchungszeitraum wichtige Weichenstellungen und Entwicklungen auf der im Klimawandelkontext bedeutsamen Ebene der internationalen Politik begleitet. Diese wird zudem in einen übergreifenden theoretischen Rahmen im Bereich transnationaler Kommunikation – der transnationalen Öffentlichkeit – eingebettet, deren Relevanz vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung transnationaler Governance und der mit ihr verbundenen Legitimationsprobleme in der Literatur immer häufiger diskutiert wird (vgl. Wessler et al. 2008a; Koopmans/Statham 2010a). Das Konzept der transnationalen Öffentlichkeit ist Gegenstand des nachfolgenden Kapitels.

Transnationalisierung von Öffentlichkeiten
Eine länderübergreifende Langzeitanalyse der
Klimaberichterstattung in Leitmedien

Ivanova, A.

2017, XIV, 299 S. 39 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-18355-4